



DIE WELT, 23.02.2022, Nr. 38, S. 9 / Ressort: Wirtschaft

Rubrik: Wirtschaft

## Alte Kraftwerke gegen Putins Lieferstopp

**Deutschland könnte einen Ausfall der russischen Gaslieferungen wohl verkraften. Allerdings steht nur eine begrenzte Auswahl an Ausgleichsmaßnahmen zur Verfügung**

Daniel Wetzel

Kommt es zu einem vollständigen Ausfall der russischen Gaslieferungen wären die Folgen für Deutschland und seine Nachbarländer spürbar, aber zeitweise wohl zu verkraften: Laut einem Gutachten des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW Köln) für den Verein Atlantik-Brücke ließen sich "die Versorgungsengpässe auf maximal zehn Prozent des Bedarfs begrenzen". Das Papier verweist dafür auf Daten des europäischen Verbandes der Gasnetzbetreiber.

Möglich werde dies durch eine bessere Auslastung alternativer Pipelines aus Norwegen, Nordafrika und Aserbaidschan, sowie durch einen "solidarischen Austausch der verfügbaren Mengen", heißt es in der Untersuchung über die "Bedeutung russischer Gaslieferungen für die deutsche **Energieversorgung**." Der Lieferengpass würde zudem nur die Industrie direkt treffen. Die Versorgung privater Haushalte mit Heizgas bliebe gemäß dem Notfallplan der Bundesregierung sicher.

Dauert ein russischer Lieferstopp länger als drei Monate, sind die Folgen nicht genau vorherzusagen. Mehrere Institute, darunter die Wirtschaftskanzlei Becker Büttner Held und das **Energiewirtschaftliche** Institut an der Uni Köln (EWI) hatten in den vergangenen Jahren mehrere Szenarien dazu durchgerechnet. Deren Prämissen lassen sich allerdings allesamt nicht vollständig auf die aktuelle Situation anwenden: Entweder gingen die Studien von vollen Gasspeichern zu Beginn des Winters aus - was diesmal nicht der Fall war - oder man erwartete einen Weiterbetrieb von Nord Stream 1 oder des Ukraine-Transits.

"Ein gänzlicher Ausfall russischer Gasimporte wird zu Engpässen in mehreren europäischen Ländern führen, unter anderem in Deutschland", heißt es im Bericht: "Wie lange Deutschland mithilfe der gut ausgebauten Gasinfrastruktur in diesem Fall vor Versorgungslücken geschützt ist, hängt von den verfügbaren LNG-Importen, Speicherständen und der Entwicklung der Außentemperaturen ab." In Bezug auf die Einfuhren von LNG (Liquefied Natural Gas, verflüssigtes Erdgas) macht das IW Hoffnung: "Ein Blick auf die Auslastung der europäischen Importkapazitäten legt nahe, dass im vergangenen Jahr nennenswerte Kapazitäten weitgehend ungenutzt blieben", heißt es im Gutachten: "Während Pipelines über das Jahr gesehen zu knapp 60 Prozent ausgelastet waren, betrug die Nutzungsrate für Flüssiggasterminals nur etwa 38 Prozent." Dass Deutschland über kein eigenes LNG-Terminal verfügt, ist aus Sicht der Kölner Forscher verschmerzbar, "bestehen doch gute Anbindungen zu Terminals in den Nachbarländern."

Flüssiggas allein wird aber nicht reichen, um eventuell wegfallende Lieferungen aus Russland auszugleichen. Nach den IW-Zahlen machte Erdgas 2020 immerhin 26 Prozent des deutschen Bedarfs an **Primärenergie** aus. Damit war das Gas der zweitwichtigste Brennstoff nach Mineralöl. Neben der Bedeutung für die Erzeugung von Heizenergie war Erdgas zuletzt auch in der Stromerzeugung immer wichtiger geworden. Im Zuge des Kohle- und Atomausstiegs stieg der Anteil von Gaskraftwerken von zuletzt 11 auf nunmehr 18 Prozent.

Quasi als Sofortmaßnahme regt das Gutachten deshalb an, die aus Gründen des Klimaschutzes eingemotteten Kohle- und selbst Ölkraftwerke wieder aus der Reserve zu holen. "Insgesamt gibt es nach dem aktuellen Stand 7,35 Gigawatt verfügbare Kraftwerkskapazitäten, die nicht mit Erdgas betrieben werden und vorläufig stillgelegt, in Sicherheitsbereitschaft sind oder als Netzreserve dienen", heißt es im Gutachten. Großteils handele es sich dabei um Steinkohle-, aber auch Braunkohle- und Mineralölkraftwerke: "Diese könnten im Notfall genutzt werden, um vorübergehend wegbrechende Gaskraftwerkskapazitäten zu ersetzen." Es sei allerdings zu beachten, dass die Nutzung zusätzlicher Kohle- und Ölkapazitäten nicht nur zu deutlich höheren CO<sub>2</sub>-Emissionen führt, sondern dass auch diese **Energieträger** zu großen Teilen aus Russland importiert werden, schränkt das IW ein. Russlands Anteil an den deutschen Ölimporten liege bei 34 Prozent und 45 Prozent an den Steinkohle-Einfuhren. "Daneben ist eine erfolgreiche Substitution in der Stromerzeugung auch davon abhängig, wo die alternativen Kraftwerke stehen und ob die Transportinfrastruktur ausreichend ausgebaut ist."

Kurzfristig gehe "eine Unterversorgung einher mit umfangreichen ökonomischen Schäden, da in der Industrie kurzfristig in vielen Fällen keine Substitution des Erdgases möglich ist." Betroffen seien vor allem **energieintensive** Branchen wie die Chemie-Industrie, die Nahrungsmittelindustrie und die Papierhersteller. Über den Umweg steigender Strompreise würden auch auf die Metall-Verarbeiter hohe Kosten zukommen, warnt das Institut: "Einschnitte in der Gasversorgung werden signifikante volkswirtschaftliche Kosten mit sich führen, da allein die besonders betroffenen Branchen der Metallerzeugung und -bearbeitung als auch die Chemie einschließlich Pharmazie knapp 22 Prozent des Umsatzes im verarbeitenden Gewerbe ausmachen."

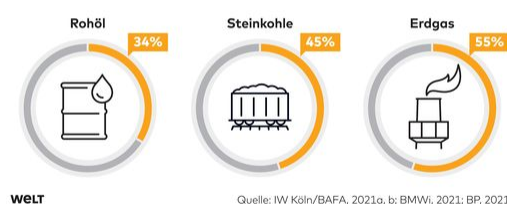
Auf lange Sicht bleibe nur die Option, **erneuerbare Energien** im eigenen Land stärker auszubauen und Importmöglichkeiten für synthetische, klimaneutrale Brennstoffe auf Wasserstoffbasis zu schaffen, so das Institut. "Kann Deutschland sich trotz Kohle- und Atomausstieg und einer steigenden Gasnachfrage unabhängiger machen von russischem Erdgas?", kommentierte Sigmar Gabriel, Vorsitzender der Atlantik-Brücke die Ergebnisse des Gutachtens: "Die Antwort lautet: Ja!"

Die Ukraine-Krise mache aber deutlich, "dass die völlige Liberalisierung der **Energiemärkte** vorerst an ihr Ende gekommen ist", so der frühere Bundesminister und SPD-Vorsitzende: "Gut 30 Jahre haben die europäischen und auch die deutschen Verbraucherinnen und Verbraucher davon profitiert, dass effiziente Märkte und ihre Marktteilnehmer für kostensparende **Energiesicherheit** gesorgt haben." Jetzt aber zeige die Entscheidung Russlands, "trotz extrem hoher Gaspreise an den Spot-Märkten keine zusätzlichen Angebote zu machen und deshalb für zusätzlichen Preisauftrieb zu sorgen, dass die **Energiemärkte** sich wieder politisiert haben." Die "Friedensdividende" in der **Energiepolitik** Europas, so Gabriel, "scheint aufgezehrt."

Daniel Wetzel

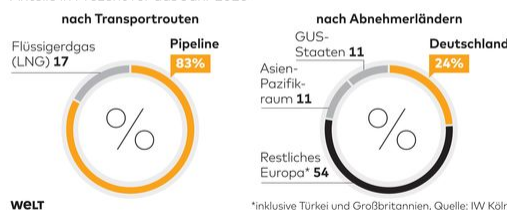
## Deutschland bezieht Großteil seines Erdgases aus Russland

Anteile in Prozent für das Jahr 2020



## Deutschland wichtigster Erdgasabnehmer für Russland

Anteile in Prozent für das Jahr 2020



Quelle: DIE WELT, 23.02.2022, Nr. 38, S. 9

Ressort: Wirtschaft

Rubrik: Wirtschaft

Dokumentnummer: 197896673

### Dauerhafte Adresse des Dokuments:

[https://www.wiso-net.de/document/WELT\\_be8a18571d71dc49a668eed97961f7caf1a051fb](https://www.wiso-net.de/document/WELT_be8a18571d71dc49a668eed97961f7caf1a051fb)

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH